

Obama zwingt zur Offenheit

Ein Nebeneffekt der US-Finanzmarktreform: Rohstoffkonzerne müssen Zahlungen an fremde Regierungen transparent machen

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

BANGKOK. Bodenschätze machen arm. Das mag überraschen, denn rohstoffreiche Länder haben hohe Einnahmen. Tatsächlich aber wachsen Länder, die reich mit Rohstoffen ausgestattet sind, langsamer, führen öfter Krieg und sind meist korrupt. Um den Fluch der Ressourcen zu bannen, verlangt das neue US-Finanzmarktgesetz mehr Transparenz von Minenbetreibern und Energiekonzernen.

Was haben die Finanzmärkte mit den rohstoffexportierenden Ländern gemein? Beide haben bewiesen, dass sie ohne gesetzliche Rahmenbedingungen das Gemeinwohl aus den Augen verlieren. Während die Finanzmarktakteure das ihnen anvertraute System durch exzessive Risiken beinahe an die Wand gefahren haben, heißt das Problem bei den Rohstoffexporteuren Korruption. Beiden Problemen kann man abhelfen – durch eine geschickte Regulierung.

Ob den USA mit ihrem Finanzmarktreformgesetz der große Wurf gelungen ist, kann man noch nicht abschätzen. Aber ein Abschnitt des 2319 Seiten umfassenden Gesetzes wird zumindest den Menschen in den rohstoffexportierenden Ländern helfen: Das Gesetz verlangt, dass Minenbetreiber und Ölförderer, die an US-Börsen notiert sind, alle Zahlungen an fremde Regierungen offenlegen.

So wird Shell in Zukunft sagen müssen, wer in Nigeria wie viel von der Ölförderung profitiert. Denn wie das Beispiel Nigerias zeigt, sind Rohstoffe in den meisten Ländern ein Fluch. 60 Prozent der ärmsten Menschen der Welt, die mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen müssen, leben in Staaten, die reich an Bodenschätzen sind. In Ländern mit großen Rohstoffvorkommen sind die Staatseinnahmen von der allgemeinen Wohlfahrt entkoppelt. Das Geld fließt, auch wenn das Volk hungert.

Dies erhöht die Gefahr eines Bürgerkrieges. Wie der Wirtschaftswissenschaftler Paul Collier berechnet hat, liegt die Gefahr eines Bürgerkriegs in normalen Ländern bei einem halben Prozent. In Ländern, die vom Bergbau abhängig sind, beträgt sie hingegen 23 Prozent. Rohstoffe seien „der bedeutsamste Risikofaktor“ für einen Staat, weit vor historischen oder ethnischen Problemen. Dies zeigt sich nicht zuletzt im Niger-Delta, wo Nigerias Öl herkommt. Dort sieht sich die Regierung gleich mehreren Guerillaorganisationen gegenüber, die eine fairere Verteilung der Öleinnahmen fordern.

Aber auch ohne Bürgerkrieg gelingt es den wenigsten rohstoffreichen Ländern von ihren Schätzen zu profitieren. Wie der Ökonom Jeffrey Sachs gezeigt hat, wachsen diese Länder langsamer als Staaten ohne Bodenschätze. Während das BIP



Mehr Durchblick soll die das neue US-Gesetz zur Finanzmarktreform bringen und offenlegen, woher die Inhaltsstoffe dieses Handys stammen.

FOTOS: DPA

pro Kopf in den neunziger Jahren weltweit im Schnitt um 17 Prozent gewachsen ist, haben die rohstoffexportierenden Länder einen Rückgang von elf Prozent verbucht. Dies hat in den meisten Ländern einen einfachen Grund: Korruption.

Während in Volkswirtschaften wie der Schweiz oder Deutschland tausende Unternehmen das Volkseinkommen erarbei-

ten, ist in den Rohstoffländern oft ein einziges Unternehmen mit dem Abbau der Schätze beauftragt. Nur wenige kontrollieren die Geldflüsse und wer an der Quelle sitzt, hat einen riesigen Anreiz, etwas für sich abzuzweigen.

Hier setzt das amerikanische Gesetz zur Reform der Finanzmärkte an. Indem es die Minenbetreiber zwingt, ihre Zahlungen an die Regierungen der Förderländer offenzulegen, schafft es Transparenz. Nun können Nichtregierungsorganisationen oder die Medien in diesen Ländern nachprüfen, ob das Geld von den Miningesellschaften auch tatsächlich im Staatshaushalt auftaucht oder vorher verschwindet. Dies ist ein enormer Erfolg für Publish What You Pay (PWYP – Veröffentlichung, was Du zahlst), eine Nichtregierungsorganisation, die von Miningesellschaften verlangt, dass sie publik machen wie viel sie an wen bezahlen.

Parallel dazu verlangt die vom ehemaligen britischen Regierungschef Tony Blair initiierte Extractive Industries Transparency Initiative (EITI – Transparenzinitiative für die Rohstoffindustrien), dass die Länder offenlegen, wie viel sie von den Miningesellschaften erhalten. So entsteht eine Art doppelter Buchhaltung und die Bürger der Rohstoffländer können ihre Regierungen besser kontrollieren. Noch vor den USA hat bereits die Hongkonger Börse festgeschrieben, dass die

dort notierten Minenbetreiber ihre Zahlungen offenlegen müssen. Außerdem denkt das International Accounting Standards Board (IASB), ein Verband von Buchhaltern, derzeit darüber nach, eine ähnliche Regel einzuführen. Diese hätte dann in allen 110 Ländern Gültigkeit, die den IASB-Standards folgen. EITI hat mittlerweile drei Länder zertifiziert, die ihre Rohstofflöse offenlegen: Aserbaidschan, Liberia und Osttimor. Weitere 27 Länder gelten als Kandidaten für eine EITI-Zertifizierung.

Doch noch ist der Fluch der Rohstoffe nicht gebannt. Zum einen gibt es genügend Börsen, wo Miningesellschaften nicht gezwungen sind ihre Zahlungen zu veröffentlichen, etwa in Großbritannien, Deutschland, Kanada oder Australien. Zum anderen machen die börsennotierten westlichen Rohstoff- und Energiekonzerne nur einen Teil der weltweiten Ressourcenförderung aus. Viele Länder wie Saudi-Arabien, Venezuela oder Russland haben den Sektor verstaatlicht. Hier kann niemand kontrollieren, wie viel Geld verdient und wofür es ausgegeben wird. Mit dem amerikanischen Gesetz haben sie nun ein weiteres Argument, um von ihren Regierungen Transparenz zu verlangen. Deshalb ist das US-Finanzmarktgesetz schon heute eine Meilenstein für die Menschen in den rohstoffreichen aber oft bitterarmen Ländern der Welt.

